



ZEITUNG

Alteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis: In Deutsch-Oberschlesien monatlich 1 Mark 270, in Poln.-Oberschl. monatl. 8½ Złoty, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen monatlich 2,70 GM, in Polnisch-Oberschlesien frei 2½ Złoty. — Preise freibleibend. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: In Deutsch-Oberschlesien die einseitige mm-Seite 0,10 GM, im Reklameteil 0,40 GM und für auswärtige Anzeigen die einseitige mm-Seite 0,12½ GM, im Reklameteil 0,50 GM. — Amtliche, Finanz- und Heilmittelangebote im Industriebezirk 0,20 GM, amtliche Anzeigen auswärts 0,30 GM. — In Polnisch-Oberschlesien die mm-Seite 0,10 bzw. 0,40 Złoty. — Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,10 GM. Belegungsgebühr 4.—GM. Zeitschrifl. 10.—GM. Bei gerichtl. Mittw. bei Auktobr oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Das deutsche Sicherheitsangebot abgelehnt

Painlevé in den Spuren Herriots

Cb. Genf, 21. April. (Eig. Ber.) Der Pariser Matin meldet: Painlevé hat den französischen Botschafter in Berlin in Sachen des deutschen Sicherungsangebots einen besonderen Auftrag gegeben. Es verlautet, daß der Botschafter am Montag mit Dr. Stresemann konferiert hat. Painlevé soll sich auf den Boden der Herriot'schen Bedenken gegen die deutschen Angebote gestellt und von Deutschland eine Erweiterung seiner Vorschläge verlangt haben.

Hindenburgs Wahlrede

= Berlin, 21. April

Welch ein Unterschied! Die anderen Kandidaten für die Reichspräsidentenschaft reisen und reisen immer umher, um die Wähler aufzufinden — Hindenburg bleibt in Hannover, veranstaltet einen Empfang. Und zu hunderten drängen sich Vertreter politischer Organisationen sowie Journalisten aus aller Welt um diesen Kandidaten! Es wäre unter der Würde dieses Mannes gewesen, sich in öffentlichen Versammlungen um die Stimmen der Vertretern der örtlichen Meinung von Angestellten anzusehen zu zeigen und seine körperliche und geistige Stärke zu beweisen, das dürfte auch ein Hindenburg auf sich nehmen. Er hat dabei eine Rede gehalten, in der er aufführte, daß er Programm eines "Partei im anarachne" zu geben, die aber doch ein Programm, und zwar eine höherer Art gewesen ist. Es ist durchaus sein eigner Stil und Will, der daraus spricht.

Um so mehr darf man sich nun an jeden Satz der Rede Hindenburgs halten, die eine außerordentliche Bedeutung namentlich für unsere Außenpolitik hat. Die zahlreich erschienenen ausländischen Journalisten wies der Feldmarschall auf die Entwicklung zu einer überparteilichen Einigung hin, wie sie ihm im Reichsbloc vorzusehen scheint; gerade dieser Umstand hat ihn bewogen, die Bedenken gegen seine Kandidatur zurückzustellen und dem Appell an sein Pflichtgefühl zu folgen. Drei Punkte lassen sich herausheben, in denen Hindenburg noch einmal volle Marke geschaffen hat, um die Erfahrungen vor seiner Kandidatur im In- und Auslande zu zerstreuen. Erstens die Frage der Staatsform. Auf den einmal gegebenen Grundlagen der Verfassung würde er als Reichspräsident das Beste für das Vaterland erstreben. Es soll unzweifelhaft nicht die Parole: Monarchie oder Republik. Daß sie ihm tatsächlich nicht an erster Stelle steht, hat er ja auch durch sein Verhalten nach der Revolution belegt.

Zum zweiten weist Hindenburg den Aufruf der innerpolitischen Gegner zurück, daß er der Kandidat bestimmter Parteigruppen sei. Rücksicht auf unberechtigte Sonderinteressen würde er nicht kennen; und politisch: der Staat müsse immer das Wohl des Volkskreises besonders im Auge haben, die am schwersten unter der Not der Zeit leiden. Auch dieser Ton ist unzweifelhaft echt. Der Kontrabismus der alten Offiziere war stets antikapitalistisch und sozial eingestellt; möchten sie für die geistigen und die politischen Ansprüche der Massen wenig Sinn haben, so hatten sie desto mehr Verständnis für das körperliche und wirtschaftliche Wohlergehen. Der dritte Punkt ist die "drohende militärische Reaktion in Deutschland." Hier wurde Hindenburg deutlich. Er sprach von verlogenem Geschrei und von verantwortungslosen Wahlpropaganda. Demgegenüber nannte er "unser aufrichtiges Streben nach friedlicher Orientierung" eine wichtige Grundlage deutscher Außenpolitik und betonte in sehr beachtenswerter Weise, daß er nichts anderes erstrebe, als die Gegner seiner Kandidatur, nämlich: "dem deutschen Volk in voller Souveränität und in voller Freiheit seiner Platz unter den anderen Völkern zu sichern." Wenn der Feldmarschall zu diesem Zweck die Aufschuldigung unserer Verantwortung für den Weltkrieg zu Fass bringen will, dann denken sich auch hierin seine Anschauungen mit denen aller deutschen Parteien. In einer gesonderten Aussprache mit Pressevertretern hat Hindenburg dann noch gesagt, daß er in seinem Leben genug Kriegselend gesehen habe, um es für die Zukunft nach Möglichkeit seinem Vaterlande zu ersparen. Es ist deshalb auch in diese Worte Hindenburgs kein Zweifel zu sehen. Mag er ein "Vatikan" wider Willen" sein, wie man ihn auch einen "Republikaner wider Willen" nennen könnte — jedenfalls ist ein alter Feldherr von Natur Realpolitiker, der mit den gegebenen Gründen zu rechnen gelernt hat. Und sein hohes Verantwortungsgefühl bewahrt ihn ohne weiteres vor gefährlichen Experimenten.

Revolution in Portugal

Das Blutgericht der Regierung

Cb. Genf, 21. April. (Eig. Ber.) Der Matin meldet aus Lissabon: Am Coimbra und in Oporto standen am Montag noch schwere Kämpfe statt. In Oporto ist der allgemeine Streik proklamiert. Infolge der bedrohlichen Lage und der sich mehrenden Meutereien im Heere wurde das Parlament zum 26. April einberufen.

Cb. Zürich, 21. April. (Eig. Ber.) Die neue Zürcher Zeitung meldet aus Lissabon: Unter Herrschaft des Belagerungszustandes ist in Oporto das Streik-Komitee des kommunistischen Arbeiterbundes, bestehend aus 7 Personen, standrechtlich erschossen worden. Auch in Lissabon sind die Führer des Arbeiterbundes hingerichtet wor-

den. Anfolgedessen rechnet man mit einem Wiener Aufstandsbewegung. Inzwischen ist auch die Marine unzulässig geworden und hat der Regierung ultimative Forderungen gestellt.

Cb. Paris, 21. April. Nach einer Sabotagemeldung aus Lissabon sind die Offiziere in Festungen in der Nähe der Hauptstadt und zum Teil an Bord des Kreuzers "Ze da Gama" interniert worden. Die Regierung hat beschlossen, die Kriegerkörper, die sich an dem Staatsstreich beteiligt, sofort aufzulösen. Es handelt sich um Moschinengewehr, Artillerie und Pionierabteilungen in einer Stärke von 1200 Mann.

Minister Höfle

Cb. Berlin, 21. April. Gestern nachmittag 4 Uhr starb im Hedwigstrantenhaus der ehemalige Reichspostminister Dr. Höfle, der gegen 11 Uhr befußt eingeliefert worden war. Als Todesursache wurde doppelseitige Lungenentzündung und sehr große Herzschwäche festgestellt.

Cb. Berlin, 21. April. Reichspostminister Dr. Anton Höfle ist am 19. Oktober 1882 in Oberbach in der Pfalz geboren. Er studierte von 1903 bis 1907 an der Universität München und Erlangen Rechts- und Staatswissenschaften. Darauf war er kurze Zeit als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter an der Handels- und Gewerbeakademie München tätig. Von 1908 bis 1914 war er Referent für Mittelstand, Angestellten und Beamtenfragen an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Gladbach, 1914—1919 Direktor des

Die Schüßler im Süden

Cb. Berlin, 21. April. (Privattelegramm) Die Mitglieder der Interalliierten Militärmmission um zu Erledigung besonderer Aufträge nach Süddeutschland gereist. Wie verlautet, gilt ihre Reise einem neuen Kontrollbesuch der deutschen Kriegsschiffbauverfassungen.

George legt ab?

Cb. Hannover, 21. April. Das Gericht hat das wegen Anklage zum Mord verhängte Todesurteil gegen Hans Grans, den Freund des hingerichteten Haarmann, aufgehoben, aufgehoben und eine nochmalige Verhandlung gegen Grans vor dem Schwurgericht Hannover angeordnet. Abgelehnt ist die Niederaufnahme des Verfahrens wegen Beihilfe zum Mord. Wegen dieser Straftat verbrachte Grans 12 Jahre Zuchthaus.

Die kleine Entente

Cb. Wien, 21. April. Die neue freie Presse veröffentlicht ein Interview mit dem serbischen Außenminister Nintsch, der erklärte, daß die kleine Entente die Grenzen als endgültig geogenen betrachte und keine Änderung zulassen werde. Natürlich sei sie auch an der Frage der polnischen Grenze gegen Deutschland interessiert, weil jede Änderung in irgend einer Richtung, auch unseren eigenen Interessen zuwiderlaufen betrachtet werden müsse. Besonders sei die Tschecho-Slowakei an dieser Frage interessiert. Der Eintritt Polens in die kleine Entente sei jedoch unwahrscheinlich, denn sie ist ein mitteleuropäisches Bündnis, gegründet zur Aufrechterhaltung der Friedensverträge von Trianon, Lausanne, Neuilly, die nicht direkt die polnischen Interessen berühren.

Erlenkung Dr. Heims

Cb. München, 20. April. Wie der II. aus Niegensburg mitgeteilt wird, ist das Beistand von Geheimrat Dr. Heim nach wie vor als sehr ernst zu bezeichnen. Es ist eher eine kleine Verschlechterung eingetreten. Das Fieber und der Kräuterfall haben zunommen.

Der Kampf geht weiter

Cb. Genf, 21. April. (Privattelegramm) Der Pariser Matin meldet: Die Gruppe der republikanisch-demokratischen Union der französischen Kammer beschloß, der neuen Regierung Painlevé-Briand-Caillet-Lautz das Vertrauen zu verlängern. Die Unzufriedenheit des letzteren in der Regierung sei eine Herausforderung der öffentlichen Meinung.

Englands Seerüstung

Cb. Hannover, 20. April. Das Gericht hat das wegen Anklage zum Mord verhängte Todesurteil gegen Hans Grans, den Freund des hingerichteten Haarmann, aufgehoben und eine nochmalige Verhandlung gegen Grans vor dem Schwurgericht Hannover angeordnet.

Abgelehnt ist die Niederaufnahme des Verfahrens wegen Beihilfe zum Mord. Wegen dieser Straftat verbrachte Grans 12 Jahre Zuchthaus.

Bulgarien in Aufruhr

Cb. Wien, 21. April. (Eig. Ber.) Das Neue Wiener Tagblatt schreibt: Über Wien kommen Meldungen nach denen die bulgarische Regierung nur in Sofia selbst Herrin der Lage ist. In allen Provinzbezirken haben noch immer die Aufständischen die Oberhand. Die Regierungstruppen haben bei ihren Ausrottungskämpfen bisher 406 Kzarcommunisten erschossen. Bei der Aushebung des Arbeiterrates in Burgas gab es 12 Tote und unzählige Schwerverletzte. Die Stadt Burgas ist zum Teil durch die Regierungstruppen zusammengeschossen.

Cb. Rotterdam, 21. April. (Privattelegramm) Die Morningpost meldet aus Sofia: Sämtliche verwundete Minister sind außer Lebensgefahr. Kriegsminister Bulow ist zweimal operiert. Der Kommandant der Garnison, General Lazarow, hat durch Verfügung des Ministeriums die Offensive gegen die Arbeiter- und Bauernräte im Lande übernommen.

Cb. Berlin, 21. April. Wie die Morgenblätter melden, teilt der Verband der bulgarischen Journalisten und Schriftsteller mit, daß die Nachricht daß König Boris abdanken und der ehemalige König Ferdinand nach Bulgarien zurückkehren werde, um die Lage zu stillen, jeder Begründung entbehrt.

für den Mittelstand

Cb. Berlin, 21. April. Die Ausgabe der 30 Millionen Mark-Kredite für den Mittelstand über die Centralinstitute beginnt nach Anordnung der zuständigen Stellen am 25. d. Mts.

Massenentlassungen

Cb. Berlin, 21. April. (Privattelegramm) Dem Demobilisierungskommissar in Berlin liegen Anträge der Rückerholung vor, auf Kündigung von 10 500 Berg- und Industriearbeitern. Als Grund für die notwendigen Entlassungen wird fortgesetzter Absatzmangel angegeben.

Zur Wahl

Cb. Königsberg, 21. April. (Eig. Ber.) Der sozialdemokratische Wahlverein in Königsberg hat die Wahlparole für Marx abgelehnt. Er empfiehlt den Genossen die Stimmenenthaltung bei der Reichspräsidentenwahl.

Briands Programm

Cb. Paris, 21. April. Der Matin gibt folgende, offenbar verbürgte Inhaltsangabe der Regierungserklärung, die heute nachmittag in der Kammer und im Senat verlesen wird. Das neue Kabinett erachtet daß zwei große Probleme die Politik Frankreichs beherrschen, das

Sicherungs- und das Finanzproblem. In der Sicherheitsfrage bleibe das Kabinett der Generalstreitigkeiten treu, die in den drei Begriffen Sicherheit, Sicherheit und Abtötung ihren Ausdruck finden. Das neue Kabinett wünsche ausdrücklich eine Friedensnäherung zwischen allen Völkern, auch denen, die sich feindlich gegenüberstehen.

Das Finanzproblem müsse durch die Konsolidierung des Budgets, Einführung eines Haushaltswesens mit Hilfe fortwährender Maßnahmen und die Durchführung der finanziellen Sanierung gelöst werden. Es unterliegt seinem Zweck, daß dem Lande große Opfer auferlegt werden müssen. Die Regierung behalte sich vor, sich im gegebenen Augenblick zunächst an den guten Willen und die vertrauliche Arbeit des Landes zu wenden. Werde sie in ihren Erwartungen getäuscht, so würde sie zu anderen Maßnahmen ihre Zustimmung nehmen.

In der elsass-lothringischen Frage werde die Regierungserklärung nachdrücklich darauf hinweisen, daß dem Kabinett daran gelegen sei, mit den befreundeten Einvernehmen gründlich aufzuräumen. Die Pariser Anklage darf nicht länger Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Franzosen



Reichspostminister Dr. Höfle